



Frank Richter mit eindrucksvollem Votum bestätigt

Mit 95 Prozent der abgegebenen Stimmen hat der Landesdelegiertentag der Gewerkschaft der Polizei vom 20. bis 22. April in Dortmund den bisherigen GdP-Landesvorsitzenden Frank Richter in seinem Amt bestätigt. Für Richter, der seit fünf Jahren an der Spitze des Landesbezirks NRW steht, stimmten 196 von 206 Delegierten. Auch die weiteren zur Wahl stehenden Kandidaten für den Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand erzielten klare Mehrheiten.

Als stellvertretende Vorsitzende gewählt wurden Peter Hugo (BV Köln), Arnold Plickert (BV Arnsberg), Brigitte Herrschaft (BV Düsseldorf) und Werner Dominke (BV Arnsberg). Zum Landeskassierer wurde Heinrich Senkowski (BV Düsseldorf) wiedergewählt. Sein Stellvertreter ist Lorenz Rojahn (BV Münster). Zum Landschriftführer wählten die Delegierten Karl-Heinz Kochs (BV Aus- und Fortbildung), zum stellvertretenden Landschriftführer Wolfgang Spies (BV Düsseldorf). Weitere Mitglieder des Geschäftsführenden Landesvorstands sind Michael Mertens (BV Köln) und Volker Huß (BV Detmold). Die bisherigen Vorstandsmitglieder Herbert Ueb-

ler, Thomas Höner, Udo Linnenbrink und Kurt Bongard hatten wegen Erreichens der Altersgrenze oder aus beruflichen Gründen nicht erneut kandidiert.

Vor der Wahl des neuen Vorstands hatte Richter in einer Grundsatzrede noch einmal daran erinnert, dass es die GdP gewesen ist, die allen Widerständen zum Trotz die Heraufsetzung der Einstellungszahlen bei der Polizei in NRW von 500 auf 1100 pro Jahr durchgesetzt hat. Dies sei alles andere als selbstverständlich gewesen, sagte Richter mit Blick auf

den Stellenabbau bei der Polizei in anderen Bundesländern. Zu den Erfolgen der GdP zählte Richter auch das Ergebnis der letzten Tarifrunde im öffentlichen Dienst. 2009 hatten die Gewerkschaften



Gleich nach der Wahl stellte sich der neue Geschäftsführende Landesbezirksvorstand den Fotografen.

Foto: Manfred Vollmer

trotz Wirtschaftskrise in den Ländern eine Tariferhöhung von 5,4 Prozent durchgesetzt. Der öffentliche Dienst hatte dadurch erstmals wieder Anschluss an die Einkommensentwicklung in anderen Branchen gefunden.

Zugleich warnte Richter auf dem Landesdelegiertentag der GdP davor, die Folgen der Wirtschaftskrise für die Beschäftigten zu unterschätzen. „Für die Gelder, die man verantwortungslos Bankern in den Rachen geschmissen hat, wird jemand zahlen müssen“, sagte Rich-

ter in Dortmund. Die Ankündigung von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, weitere 12 000 Stellen im öffentlichen Dienst abzubauen, sei erst der Anfang davon, was nach der Landtagswahl auf die Beschäftigten zukommen werde. „Nichts wird in Zukunft mehr sicher sein, weder bei der Bezahlung noch bei Sozialleistungen oder bei den Arbeitsplätzen“, warnte Richter. Deshalb geht der GdP-Landesvorsitzende davon aus, dass die kommenden Jahre eine „Zeit der Gewerkschaften“ sein werden. „Wir werden beweisen müssen, dass wir in der Lage sind, außerparlamentarischen Druck zu erzeugen“, sagte Richter. Dieser Herausforderung werde sich die GdP stellen.

Als eine Art Nagelprobe sieht Richter die geplante Dienstrechtsreform für den öffentlichen Dienst. An ihr werde sich zeigen, ob in Zukunft „die Beamtinnen und Beamten wieder nur als Sparschwein missbraucht werden, oder ob die Politik gewillt ist, ein zukunftsorientiertes, modernes öffentliches Dienstrecht zu schaffen“.

Den Delegierten in Dortmund lag deshalb ein umfangreiches Reformkonzept zur Modernisierung des öffentlichen Dienstrechts vor, das auch den veränderten demografischen Herausforderungen gerecht wird.

Die Beratung der Anträge des Landesdelegiertentags fanden nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe statt. Über sie wird in der kommenden Ausgabe berichtet.



Die Gerechtigkeitslücke schließen!

Es wird knapp in NRW und daran wird sich bis zum Wahlabend wohl nichts mehr ändern. Für die Demokratie ist das kein Fehler. Denn es gibt uns die Chance, Fehler der Vergangenheit zu korrigieren. Die Gerechtigkeitslücke, die in den vergangenen Jahren auch mit aktiver Unterstützung der Politik immer größer geworden ist, wieder zu schließen. Übrigens nicht nur mit Hilfe von Schwarz-Gelb, sondern auch von Rot-Grün. Denn dort hat die Umverteilung von unten nach oben, hat das Verteilen von Steuergeschenken, an die, die eh schon haben, bereits angefangen.

Für Polizeibeamte ist Innere Sicherheit ein wahlentscheidendes Thema. Aber sie ist kein Gegensatz zur sozialen Sicherheit. Nicht nur, weil sich soziale Probleme nicht mit Hilfe der Inneren Sicherheit lösen lassen, sondern auch, weil Polizisten selbst Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind. Weil sie in der Vergangenheit selbst massiv zur Finanzierung der Umverteilung von unten nach oben mit herangezogen worden sind.

Wenn die Wahl in NRW mit dazu beiträgt, dass eine arbeitnehmerfeindliche Politik in Deutschland keine Mehrheit hat, war es eine gute Wahl. Wenn zudem bei der Wahl auch etwas für die Innere Sicherheit herauspringt, ist das sicher kein Fehler. Denn auch hier gibt es massiven Korrekturbedarf. Bei der Einstellung junger Polizisten zum Beispiel. Aber auch im

Jugendstrafrecht und beim Thema Gewalt gegen die Polizei. Handlungsbedarf gibt es aber auch beim Arbeitsplatz Polizei. Bei der Durchsetzung gesundheitsfördernder Arbeitsbedingungen zum Beispiel.

Beim öffentlichen Dienstrecht und bei der Mitbestimmung.

Drei Tage lang haben wir auf unserem Landesdelegiertentag in Dortmund detaillierte Konzepte für die Stärkung der Inneren Sicherheit und für mehr soziale Gerechtigkeit erarbeitet. Die Dortmunder Beschlüsse formulieren unsere Erwartungen an die Politik. Sie sind die Wahlempfehlung der GdP. Was unsere Mitglieder mit dieser Wahlempfehlung am 9. Mai machen, entscheiden sie selbst. Denn Polizeibeamte verteidigen nicht nur jeden Tag die Demokratie, sondern sie können auch selbst erkennen, wer ihren Interessen schadet und wer ihnen nutzt.



Frank Richter

Mut für neue Denkmodelle

Seit der Föderalismusreform sind die Bundesländer für die Besoldung und Versorgung ihrer Beamten zuständig. Faktisch geändert hat sich dadurch nichts. Denn bislang hat NRW das Bundesrecht lediglich formal in Landesrecht überführt. Doch nach der Landtagswahl soll das anders werden. Die GdP hat deshalb ein eigenes Konzept zur Modernisierung des öffentlichen Dienstrechts vorgelegt und fordert mehr Mut für neue Denkmodelle.

Handlungsbedarf sieht die GdP vor allem in Bezug auf die spezifischen Belastungen des Polizeiberufs und den demografischen Wandel, denn der macht auch vor der Polizei nicht Halt. Zum einen wird der bereits in den vergangenen Jahren stark gestiegene Altersdurchschnitt der Beschäftigten bei der Polizei in Zukunft noch weiter steigen. Und zum anderen werden wir wegen der sinkenden Zahl der Schulabgänger schon bald einen Wettlauf um die besten Köpfe erleben. Der öffentliche Dienst wird in Zukunft nicht nur mit der Privatwirtschaft, son-

dern auch untereinander um die weniger werdenden Berufseinsteiger konkurrieren. Auch bei der Polizei.

Die von der Politik geplante Dienstrechtsreform bietet aus Sicht der GdP dennoch auch Chancen: Sie öffnet den Blick für den Wettbewerb um die besten Ideen. Denn der öffentliche Dienst – auch der Polizeiberuf – ist in Zukunft nur dann attraktiv, wenn sich die Arbeitsbedingungen den gewandelten Anforderungen stellen. Wenn also bei der Besoldung der Polizeibeamtinnen und -beamten die tatsächliche Arbeitsbelastung anerkannt wird. Und wenn die unterschiedlichen Belastungen innerhalb des Polizeiberufs durch eine Faktorisierung der Lebensarbeitszeit ausgeglichen werden.

In den „Eckpfeilern für ein neues Dienstrecht“, die der Landesbezirk Anfang April der Politik vorgelegt hat, stehen deshalb zwei Forderungen im Mittelpunkt: Eine stärkere Berücksichtigung der Belastungen des Polizeiberufs durch Zulagen und eine gerechtere Bewertung der bei der Polizei geleisteten Arbeitszeit. Hinter dieser Forderung steckt die Idee, die spezifischen Belastungen des Wach- und Wechseldienstes durch eine Faktorisierung der dort geleisteten Ar-

beitszeit auszugleichen. Wer lange im Wach- und Wechseldienst gearbeitet hat, könnte dadurch früher ohne Abschläge aus dem aktiven Berufsleben aussteigen.

Zudem fordert die GdP, dass die geleistete Mehrarbeit in ein Arbeitszeitkonto einfließt. Die Beamtinnen und Beamten könnten dann selber entscheiden, ob die innerhalb eines Jahres angelaufenen Mehrarbeitsstunden durch Freizeitgleich abgegolten werden sollen, oder ob sie das erarbeitete Zeitguthaben dafür ansparen wollen, früher aus dem aktiven Dienst auszuschcheiden.

Handlungsbedarf besteht auch beim Dienstunfallrecht. Polizeibeamte kommen regelmäßig in Situationen, die posttraumatische Belastungsstörungen auslösen können. Treten die Störungen erst lange nach dem eigentlichen Ereignis auf, werden sie häufig nicht als Folge eines Dienstunfalls anerkannt. Zudem muss die Gesundheitsprävention bei der Polizei nachhaltig gestärkt werden. Die GdP fordert deshalb bereits seit langem die Einführung eines Gesundheitsmanagements bei der Polizei.

Die „Eckpfeiler für ein neues Dienstrecht in NRW“ gibt es zum Download: www.gdp-nrw.de



Innenministerium erschwert innovative Gesundheitsprojekte

Zweieinhalb Jahre schlummert bereits der Entwurf eines neuen Sporterlasses in den Schubladen des Innenministeriums, ohne jede Bewegung in der Sache: Ein aus Sicht der GdP unhaltbarer Zustand, weil eine konzeptionell ausgereifte Sportförderung einer der Bestandteile des längst überfälligen betrieblichen Gesundheitsmanagements bei der Polizei ist. Doch inzwischen bekommen selbst Polizeibehörden, die mit eigenen Konzepten das Fehlen eines modernen Sporterlasses ausgleichen wollen, Probleme mit dem Ministerium.

Mit Erlass vom 15. März hat das Innenministerium alle Polizeibehörden darauf hingewiesen, dass nach Ziffer 2.2 des bestehenden alten Sporterlasses Polizeivollzugsbeamte im Außendienst „wegen erhöhter Anforderungen an ihre Fitness nicht unter zwei Stunden Dienstsport im Monat zu leisten“ haben. Nach Ziffer 5 gelte „für alle anderen Angehörigen der Behörde ein Stundenansatz von bis zu zwei Stunden“.

Mit diesem Erlass wird eine Vielzahl von innovativen Gesundheitsprojekten, die bislang in den Polizeibehörden angeboten und durchgeführt werden, nicht mehr umsetzbar.

Denn anders als vom Innenministerium wahrgenommen, gibt es in NRW bereits eine Vielzahl von Behörden, die sich dem Thema Gesundheitsmanagement seit Jahren positiv angenommen haben und behördeneigene Gesundheitsprojekte planen, anbieten und durchführen. Begleitet werden die Projekte oft von gezielten Informationsveranstaltungen, eigenen Intranet-Auftritten, polizeiärztlichen Untersuchungen oder sogar von der Möglichkeit zur freiwilligen Bioimpedanzmessung.

Diese Messung gibt insbesondere untrainierten Kolleginnen und Kollegen eine sinnvolle Hilfestellung, weil mit ihr die Zusammensetzung des Körpers aus Wasser, Muskelmasse und Fettanteil bestimmt werden kann. Aufgrund des

Messergebnisses ist es möglich, ein individuelles Bewegungs- und Ernährungsprogramm aufzustellen. „Gerade bei untrainierten Kolleginnen und Kollegen, die wieder für den Sport gewonnen wer-

als Sachbearbeiter in einem KK, einer Geschäftsstelle oder in der Verwaltung steht im Mittelpunkt eines ganzheitlichen Gesundheitsmanagements sondern die körperliche Fitness der Beschäftigten. Sie gilt es zu halten und zu verbessern.“ „Dieses Ziel ist unter den Rahmenbedingungen des alten, noch immer gültigen Sporterlasses nicht zu erreichen“, kritisiert Plickert. „Insbesondere nicht bei untrainierten Sportanfängern, denn gerade sie müssen dort abgeholt werden, wo sie aktuell sportlich stehen.“ Die GdP bedauert es, dass der Innenminister noch immer

nicht erkannt hat, um was es bei einem zukunftsorientierten Gesundheitsmanagement geht. „Immer mehr wird deutlich, dass der Minister ein Gesundheitsmanagement zum Nulltarif installieren möchte. Das ist nicht möglich“, betont Plickert. „Gerade in der Anfangsphase ist ein Gesundheitsmanagement nicht kostenneutral zu finanzieren. Aber wer nicht bereit ist, zunächst Zeit und Geld zu investie-

ren, wird in der Zukunft hierfür teuer bezahlen. Mit noch höheren Krankenständen, wie wir sie bereits jetzt bei der Polizei haben.“

Die GdP fordert deshalb, den Behörden umgehend zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie vor Ort ein Gesundheitsmanagement entwickeln können. Die im Landeshaushalt vorgesehen 250 000 Euro für alle Behörden des Landes reichen für die landesweite Durchführung eines qualifizierten Gesundheitsmanagements nicht aus, sondern erfüllen lediglich eine Alibifunktion. Zudem ist der neue Erlass vom 15. März für Behörden demotivierend, die bereits eigene Projekte und Aktivitäten zum Gesundheitsmanagement geplant, angeboten und durchgeführt haben.



Nicht immer lassen sich Sport und Arbeit bei der Polizei so optimal miteinander verbinden. Deshalb ist ein regelmäßiger Dienstsport ein wichtiger Baustein in einem betrieblichen Gesundheitsmanagementsystem bei der Polizei.

den sollen, ist es völlig illusorisch zu glauben, dass zwei Stunden Sport im Monat ausreichen“, kritisiert GdP-Vorstandsmitglied Adi Plickert den Erlass des Innenministeriums. „Ziel muss es stattdessen sein, gerade in der Anfangsphase eine Vielzahl von kleineren Trainingseinheiten anzubieten, damit sich die Kolleginnen und Kollegen langsam an die sportlichen Aktivitäten gewöhnen und nicht sofort überfordert sind und wieder aus dem Sportangebot aussteigen.“

Zudem ist aus Sicht der GdP die Unterscheidung zwischen Außen- und Innendienst sowie nach Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten und sonstigen Polizeibesetzungsmitgliedern nicht zielführend. Nicht die Funktion in einer Dienstgruppe, KWache oder Leitstelle, nicht die Tätigkeit

Kalte Privatisierung weiter auf dem Vormarsch

Es ist schon fast eine unendliche Geschichte: die kalte Privatisierung bei der Polizei. Zu Lasten der Steuerzahler und der Beschäftigten. In Unna versucht Innenminister Ingo Wolf (FDP) jetzt erneut, eine Kfz-Werkstatt künstlich ins Defizit zu treiben, indem er die Stelle des Kfz-Mechanikers nicht wiederbesetzt.

Bereits 1999 gab es erste Bestrebungen der damaligen, noch rot-grünen Landesregierung, die Kfz-Werkstätten und Instandsetzungsbetriebe bei der Polizei zu zentralisieren bzw. zu schließen. Seinerzeit konnte die GdP durchsetzen, dass vor einer Schließung erst eine Überprüfung der Wirtschaftlichkeit der betroffenen Werkstätten vorgenommen werden muss. Zwischen März 2001 und Februar 2002 wurden daraufhin die noch im Polizeibereich verbliebenen Werkstätten einer Wirtschaftlichkeitsüberprüfung unterzogen – mit einem erstaunlichen Ergebnis: Die Überzeugung der GdP, dass die polizeieigenen Werkstätten und Instandsetzungsbetriebe wirtschaftlich arbeiten, wurde beeindruckend belegt.

Auf der Basis dieser Daten entschied das damalige Kabinett im November 2003, dass die polizeieigenen Werkstätten bei Nachweis ihrer Wirtschaftlichkeit weitergeführt werden sollen. Gut ein Jahr später, im Januar 2005, hat das Kabinett zudem beschlossen, dass in den polizeieigenen Kfz-Werkstätten auch die Fahrzeuge anderer Behörden gewartet werden können. Doch damit ist die Geschichte leider nicht zu Ende, wie das Beispiel Unna zeigt: Die Kfz-Werkstatt der dortigen Kreispolizeibehörde arbeitet nicht nur wirtschaftlich, sondern in ihr wurden in der Vergangenheit neben den

eigenen Dienstfahrzeugen auch die der KPB Hamm, KPB Soest und des PP Dortmund (Autobahnpolizei) gewartet. Und trotzdem will das Innenministerium sie jetzt kalt privatisieren. Wie auch andere Werkstätten zuvor. Der Hebel dazu sind die vom Ministerium festgelegten restriktiven Vorgaben bei der Suche nach einem Nachfolger für den ausgeschiedenen Kfz-Mechaniker der Werkstatt. Weil im PEM-Bereich keine entsprechend qualifizierte Fachkraft zur Verfügung steht, müsste das Innenministerium eine Ausnahmegenehmigung zur Einstellung eines externen Bewerbers erteilen, wenn die Stelle wiederbesetzt werden soll. Genau das aber verweigert der Innenminister trotz eines inzwischen umfangreichen Schriftverkehrs zwischen der Kreispolizeibehörde und seinem Ministerium bis zum heutigen Tag.

Dieses absurde Verhalten des Innenministers führt in Unna dazu, dass die Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten von dem noch vorhandenen Werkstattpersonal inzwischen nicht mehr wie gewohnt ausgeführt werden können. Die Folge: Die Aufträge der bisher mit Unna kooperierenden anderen Polizeibehörden können dort nicht mehr vorgenommen werden, was mittelfristig die Wirtschaftlichkeit der Werkstatt gefährdet. Dass durch diese Form der kalten Privati-

sierung Mehrkosten auf das Land zukommen, wird dabei offensichtlich vom Innenminister billigend in Kauf genommen. GdP-Vorstandsmitglied Brigitte Herrschaft: „Für Herrn Wolf geht ‚Privat vor Staat‘. Was das für die dadurch womöglich sogar von Arbeitslosigkeit betroffenen Beschäftigten der Polizeiwerkstatt und die Steuerzahler bedeutet, ist ihm offenbar vollkommen egal.“

Broschüren-Reihe gestartet

Gleich mit drei Themen ist Ende April eine neue Broschüren-Reihe des Landesbezirks gestartet, die aktuelle Positionspapiere der GdP präsentiert. Themen der ersten drei Broschüren sind das Positionspapier „Zukunft des Höheren Dienstes in der Polizei NRW“ und die „Eckpfeiler für ein neues Dienstrecht in NRW“, mit denen sich der Landesbezirk im Vorfeld der NRW-Wahl in die politische Debatte eingeschaltet hat. Die dritte, unter dem Titel „Operative Bereitschaftspolizei“ erschienene Broschüre basiert auf einem auf Bundesebene entstandenen Positionspapier zu den strukturellen Problemen der Bereitschaftspolizei. An ihm hatten Vertreter aus NRW maßgeblich mitgearbeitet.

Die Broschüren gibt es bei den Kreisgruppen der GdP und zum Download unter: www.gdp-nrw.de



„Wir gehen vor! Gute Arbeit, Gerechte Löhne, Starker Sozialstaat“ – Unter diesem Motto ruft der DGB in diesem Jahr die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu den Mai-Demonstrationen auf die Straße. In seinem Aufruf erinnert der DGB daran, dass die durch Finanzspekulantenausgelöste Wirtschaftskrise noch lange nicht überwunden ist und fordert gesetzliche Grenzen für Zocker und Spekulanten.

Der GdP-Landesvorsitzende Frank Richter wird in Paderborn zu den Demonstrationsteilnehmern reden (10.00 Uhr, Rathausplatz), der DGB-Bundesvorsitzende Michael Sommer in Dortmund (11.00 Uhr, Kennedyplatz). Weitere prominente Redner bei den NRW-weit 80 Mai-Demonstrationen sind unter anderem IG-Metall-Vorstandsmitglied Regina Görner und die SPD-Landesvorsitzende Hannelore Kraft. Mehr Infos: www.gdp-nrw.de



Frauen in Spitzenfunktionen

Der Anteil von Frauen in Spitzenfunktionen der Polizei und der Wirtschaft liegt in Deutschland unter dem Anteil hoch qualifizierter Frauen. In einem gemeinsamen Forschungsprojekt der Technischen Universität Dortmund und der Deutschen Hochschule der Polizei soll jetzt untersucht werden, wie der Wechsel in Führungspositionen für hoch qualifizierte Frauen attraktiver gestaltet werden kann, um so die Personalstrukturen in beiden Bereichen, in Wirtschaft und Polizei, zukunftsfester zu machen. Das bis Ende 2012 laufende Projekt wird von der Bundesregierung mit 900 000 Euro gefördert.

Mehr Infos:

anne-cathrin.hahn@dhpol.de

Absolute Mehrheit behauptet

Bei der Neuwahl des Personalrates im Polizeipräsidium Düsseldorf vom 22. bis 26. März hat die GdP zehn von 17 Sitzen gewonnen. Weitere zwei Sitze fielen an die Liste Autobahnpolizei Düsseldorf, mit der die GdP bereits im vergangenen Personalrat eng zusammengearbeitet hat. Die übrigen fünf Sitze gingen an die DPoLG bzw. den BDK. Die Neuwahl war notwendig geworden, weil es bei der Personalratswahl 2008 in Düsseldorf zu einem Verfahrensfehler gekommen war. Die GdP Düsseldorf wertet ihr erneut gutes Abschneiden als eine Bestätigung ihrer erfolgreichen Politik. Bedauerlich sei aber die im Vergleich zu 2008 geringere Wahlbeteiligung.

Mitgliedsbeiträge angepasst

Zeitversetzt zu der seit dem 1. März geltenden Erhöhung der Tarifgehälter und der Beamtenbesoldung hat der GdP-Landesbezirk auch die Mitgliedsbeiträge um 1,2 Prozent angehoben. Die Erhöhung greift ab dem Beginn des 2. Quartals.

Wir sind die GdP



Foto: Schneidersmann

393 Mitglieder hat die Kreisgruppe Ennepe-Ruhr und ist damit zwar eine der kleinsten in ganz NRW, aber beim Organisationsgrad liegt sie mit 83 Prozent ganz vorne, selbst wenn man die bereits aus dem Berufsleben ausgeschiedenen älteren Mitglieder abzieht. Denn bei der Kreispolizeibehörde Ennepe-Ruhr arbeiten nur 349 Beschäftigte.

Nach dem Erfolgsrezept gefragt, verweist Kreisgruppenvorsitzender Rainer Peltz gerne auf das „Kümmererkonzept“ seiner Kreisgruppe. „Egal, ob es um ein kleines oder um ein großes Problem geht, wir gehen auf die Kolleginnen und Kollegen zu und kümmern uns darum“, sagt Peltz. „Und wir reden Klartext. Denn unsere Kollegen wollen reinen Wein eingesehen bekommen. Auch wenn es um schlechte Nachrichten geht.“

Dass die GdP-Kreisgruppe heute da steht, wo sie steht, war ein langer Weg. Nichts, was man in zwei oder drei Jahren aufbauen kann. Denn das zweite Erfolgsrezept der „Enneper“ lautet, die Arbeit auf viele Schultern zu verteilen. So sind nicht nur alle acht Mitglieder des engeren Kreisgruppenvorstands in die aktive Arbeit eingebunden, sondern es gibt auch einen 36 Köpfe umfassenden Vertrauensleutekreis. Und das bei gerade einmal sechs Liegenschaften im gesamten Kreisgebiet. Im Ennepe-Ruhr-Kreis kann sich die GdP deshalb gezielt um jedes einzelne Themenfeld kümmern. Die Kreisgruppe ist deshalb nicht nur im S-Bereich gut aufgestellt, sondern auch bei der Kripo. „Das ist unser zweites Auge“ betont Peltz.

Und die Kreisgruppe sucht die Öffentlichkeit. Aus diesem Grund gibt sie sogar ihren Jahreshauptversammlungen ein Motto. In diesem Jahr war es der aufgespannte Regenschirm, mit dem die GdP die örtliche Politikprominenz empfangen hat, darunter auch Landtagspräsidentin Regina van Dinther (Bildmitte). Wie wichtig der Schutz der Kolleginnen und Kollegen vor den Eingriffen der Politik ist, brauchte daher bei der Mitgliederversammlung keiner mehr lang zu erklären. Eine Botschaft, die auch in der regionalen Presse gut angekommen ist.

GdP aktiv

1. 5., „Wir gehen vor! Gute Arbeit, Gerechte Löhne, Starker Sozialstaat“, Mai-Kundgebungen des DGB

1. 5., Eröffnung der Ruhrfestspiele, Recklinghausen

5. 5., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Kleve, 16.00 Uhr, Hotel Litjes, Goch

9. 5., Landtagswahl NRW



Homepage grundüberholt

Klarer und informativer und vor allem mit mehr Spaß beim Klicken durch die Seiten – das waren die Vorgaben für den Relaunch der GdP-Homepage NRW. Seit Mitte April ist das Ergebnis online zu besichtigen. Alte Doppelstrukturen in der Menü-Führung wurden abgeschafft, die Inhalte entrümpelt und neu geordnet. Sechs Menü-Punkte gliedern jetzt das Informationsangebot der Homepage: Unter GdP NRW steht alles, was zur Organisationsstruktur des Landesbezirks gehört, vom Vorstand über die Geschäftsstelle bis zu den Kreisgruppen. Auch die spezifischen Informationsangebote der drei Personengruppen sind hier zu finden. Genauso gut wie wichtige Adressen und Links. In der Infothek ist das komplette online gestellte Informationsangebot des Landesbezirks abrufbar, von den News bis zum Landesjournal, von den themenspezifischen Informationsangeboten bis zur neuen Broschürenreihe. Auch die Leistungen der GdP werden in

Zukunft klarer strukturiert dargestellt. Für sie gibt es einen eigenen Menüpunkt, damit für jeden sofort auf einen Blick klar wird, warum eine Mitgliedschaft in der GdP lohnt. Eigene Menüpunkte sind auch dem Bildungsangebot und der Service-GmbH vorbehalten – beide ein großer Pluspunkt des Landesbezirks NRW. Wer noch mehr wissen will, findet zudem in Zukunft im geschützten Mitgliederbereich spezifische Informationen, die nur besonders aktiven Mitgliedern zugänglich sind. Egal ob Vertrauensleute oder Kümmerer bei der Mitgliedergewinnung. Auch die speziellen Informationsangebote für die Ansprechpartner für Seniorenarbeit oder für die Rechtsexperten der GdP können dort abgerufen werden. Angelehnt ist der Relaunch

der neuen Homepage des Landesbezirks an den Internetauftritt des Bundesvorstands. Der Vorteil: Wer auf die GdP-Seite klickt, erkennt sofort, wo er gelandet ist. Egal, ob er über die Bundesseite ins Netz geht oder direkt über www.gdp-nrw.de



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss für die Juni-Ausgabe ist der 7. Mai.

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nw.de
E-Mail: penguin@gdp-service-nw.de

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 2. 5. Anna Maria Reinhard, Bensheim
- 3. 5. Marianne Dievernich, Essen
- 4. 5. Eva-Maria Gallenkamp, Soest
- 6. 5. Eduard Achnitz, Köln
- 10. 5. Adalbert Schaffner, Osnabrück
- 15. 5. Gerda Horstmann, Aerzen
- 19. 5. Walter Felchner, Mülheim
- 27. 5. Marianne Karolczak, Wassenberg
- 30. 5. Willi Pollen, Essen

91. Geburtstag

- 8. 5. Maria Erika Schneider, Remscheid
- 10. 5. Franz Reimer, Köln
- 22. 5. Margarethe Schultiz, Mülheim
- 23. 5. Cäcilie Alex,
Bad Neuenahr-Ahrweiler
- 25. 5. Magdalene Kromer, Leichlingen
- 26. 5. Elsbeth Pohl, Moers

92. Geburtstag

- 3. 5. Joseph Blum, Kelberg
- 4. 5. Klara Kleine, Essen
Hans Walter, Lippstadt
- 9. 5. Fritz Scheffler, Münster
- 12. 5. Elisabeth Dierkes, Wuppertal

- 13. 5. Gertrud Koch, Remscheid
- 17. 5. Maria Panz, Mülheim
- 23. 5. Hildegard Topel, Essen

93. Geburtstag

- 13. 5. Hildegard Gronostey, Baesweiler
- 16. 5. Erna Wotka, Minden

94. Geburtstag

- 6. 5. Hilde Rehkopp, Hagen
- 9. 5. Ernst Bolte, Hamm
- 27. 5. Therese Steinhoff, Bochum

96. Geburtstag

- 13. 5. Berta Kreis, Hattingen
- 20. 5. Wilhelm Breil, Bochum

97. Geburtstag

- 15. 5. Anna Krüchel, Baesweiler
- 23. 5. Hildegard Steinhoff, Kamen

98. Geburtstag

- 13. 5. Heinrich Spohr, Lachendorf
- 27. 5. Klara Bosbach, Essen

100. Geburtstag

- 31. 5. Margarete Pfeifers, Gelsenkirchen

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



Aktuelle Angebote

Ihres **GdP-Reisebüros**
in Kurzfassung - Mai 2010



Mallorca / S´Illot 4* Club alltours Mariant Park



Die geschmackvoll ausgestattete Ferienclubanlage der gehobenen Mittelklasse mit großem, gepflegten Garten, Schatten spendenden Pinien und Palmen, großer Swimmingpool-Landschaft, umgeben von mehreren Sonnenterrassen, liegt in schöner Umgebung, an der Ortsgrenze zwischen Sa Coma und S´Illot, ca. 300m vom weitläufigen, flach ins Meer abfallenden Strand entfernt.

**Zum Beispiel:
19.5. - 26.5. 2010
Flug ab/bis Köln/Bonn
Doppelzimmer mit All Inclusive
pro Person ab € 437,00
(Zwischenverkauf, Irrtümer und Druckfehler vorbehalten)**



GdP-Service GmbH NRW • Gudastr.9 • 40625 Düsseldorf
Tel.: 0211/29101-44/45/64 • Fax: 0211/29101-15 www.gdp-service-nw.de • pinguin@gdp-service-nw.de



Beihilfe und Versorgung vorne

Wo drückt der Schuh? Welche Themen und Hobbys sind für dich besonders wichtig? Und wie viele Jahre Wach- und Wechseldienst hast du in deinem Polizeileben hinter dich gebracht? Diese drei Fragen hatte der Landesseniorenvorstand im vergangenen Jahr auf einem Online-Fragebogen an die älteren Kolleginnen und Kollegen in der GdP gestellt. Ziel des Fragebogens war die Weiterentwicklung der Seniorenarbeit der GdP. Jetzt liegt die Auswertung vor.

Renner bei den Themen waren die Bereiche Beihilfe, Versorgung und Vorsorge. Stark gefragt waren aber auch Gesundheitsfragen. Zu beiden Bereichen gibt es in der GdP ein umfangreiches Service- und Beratungsangebot für Senio-

ren. Bei den Hobbys lagen Reisen, Wandern und Sport vorne. Aber auch das Engagement in der GdP, in Politik, sozialen Einrichtungen, Vereinen und Kirche sind bei den Senioren gefragt.

Ein breiteres Spektrum haben die Antworten auf die Frage nach der gewünschten Häufigkeit der Seniorentreffen vor Ort ergeben: 34 Prozent der GdP-Senioren wünschten sich ein monatliches Treffen. Je 20 Prozent halten eine viertel- oder sogar eine halbjährliche Zusammenkunft für ausreichend. Parallel zur aktuellen Debatte über ein neues Dienstrecht in NRW hatte der Seniorenvorstand auch nach der Verweildauer im Wach- und Wechseldienst gefragt. 41 der befragten GdP-Senioren gaben an, zwi-

schen 16 und 25 Jahren im Wach- und Wechseldienst gearbeitet zu haben. Für die meisten lag die Verweildauer hingegen bei maximal 15 Jahre.

Anzeige

PK'in aus Niedersachsen
(PD Hannover) sucht **TAUSCHPARTNER**
(PK bzw. PK'in) aus NRW, der/die gerne in Hannover arbeiten möchte.
Ich bin zur Zeit im Wach- und Wechseldienst tätig.
helenooster@gmx.de. Tel. 01 62/9 13 19 81

Senioren aktuell

Kreisgruppe Bielefeld

18. Mai, Radtour zum Bähnischsee, Treffpunkt: 10.00 Uhr Gasthof Gröppel

Kreisgruppe Coesfeld

26. Mai, Stammtisch mit anschließender Stadtbesichtigung, Treffpunkt: 14.30 Uhr, Sparkasse Westmünsterland, Bahnhofstr. 5, 48727 Billerbeck

Kreisgruppe Köln

20. Mai, Vortrag „Den Nachlass richtig regeln, Erben und Vererben nach dem neuen Erbrecht“, Referentin Claudia Eckermann-Seel vom Beratungsdienst der Sparkassen Finanzgruppe, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg

Werbeaktion 2010

Glücksnummern des Monats

45 17825
Merlin Kaminski, Gelsenkirchen
45 17791
Marc Rose, Hagen
45 04516
Jörg Leuschner, Siegburg
45 18709
Daniela Jähme, Wuppertal

Die Gewinner erhalten eine Business-Konferenzmappe.

NACHRUF

Bache, Erwin	8. 10. 1919	Krefeld	Krus, Käthe	13. 4. 1915	Autobahnpolizei
Barek, Heinz	15. 2. 1927	Gelsenkirchen			Düsseldorf
Barth, Leonie	10. 6. 1921	Aachen	Lange, Heinrich	21. 10. 1913	Siegburg
Bartmann, Irmgard	30. 8. 1906	Märkischer Kreis	Langer, Gottfried	26. 8. 1920	Autobahnpolizei
Bergs, Elisabeth	26. 9. 1916	Essen/Mülheim			Düsseldorf
Bitzer, Edith	18. 10. 1932	Leverkusen	Mett, Grete	28. 2. 1919	Heinsberg
Blanke, Otto	24. 8. 1932	Autobahnpolizei	Meyer, Arnold	19. 11. 1934	Höxter
		Düsseldorf	Nettersheim, Agnes	25. 5. 1921	Euskirchen
Breuer, Hans	16. 12. 1926	Lippe	Pastors, Helene	7. 10. 1914	Bonn
Breuer, Heinz-Peter	12. 12. 1933	Neuss	Radek-Gruteser,	6. 9. 1953	Autobahnpolizei
Conrad, Heinrich	21. 8. 1926	Erfdkreis	Ellen		Düsseldorf
Cornelissen, Katharina	23. 10. 1921	Kleve	Reinold, Wilhelm	14. 9. 1917	Unna
Fasel, Elfriede	13. 8. 1920	Essen/Mülheim	Schäfer, Elsa	10. 8. 1923	Köln
Frey, Gertrud	27. 9. 1928	Duisburg	Schiffmann, Klaus	22. 7. 1939	Bochum
Friedchen, Katarina	27. 1. 1926	Remscheid	Schneider, Franz	2. 8. 1911	Solingen
Hertel, Georg	3. 4. 1920	Bielefeld	Schön, Gottfried	20. 3. 1922	Dortmund
Janßen, Christel	5. 10. 1923	Autobahnpolizei	Seyfarth, Werner	27. 5. 1939	Paderborn
		Düsseldorf	Snater, Erwin	12. 3. 1916	Coesfeld
Jenßen, Peter	26. 12. 1929	Bochum	Sommer, Hubert	27. 10. 1921	Borken
Kapeluch, Johannes	13. 12. 1921	Dortmund	Teichmüller, Herta	22. 6. 1913	Wuppertal
Kirner, Helmut	9. 4. 1920	Wuppertal	Trauf, Manfred	4. 12. 1928	Lippe
Klaps, Martin	13. 2. 1922	Viersen	Walter, Anni	17. 7. 1921	Bielefeld
Klaßen, Johanna	26. 8. 1921	Oberhausen	Will, August	9. 11. 1952	Wasserschutzpolizei NRW
Klein, Theresia	10. 4. 1915	Bochum	Zeh, Robert	5. 9. 1957	Autobahnpolizei/ Verkehr Köln
Klos, Joachim	18. 4. 1951	Warendorf			
Krüger, Birgit	21. 6. 1965	Wuppertal	Zimmer, Johann	30. 9. 1919	Köln

